

Stellungnahme studentischer Wohnraum

Zu Beginn eines jeden Wintersemesters ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt besonders angespannt. Auch in diesem Jahr haben 3.330 Studierende ein Studium an der CAU aufgenommen und somit ihren Lebensmittelpunkt nach Kiel verlegt. Der dazugehörige Umzug steht jedoch immer noch bei vielen aus, aufgrund von mangelndem bezahlbarem Wohnraum. Die Wohnungssuche ist aber weiterhin eine große Hürde, entweder sind WG-Zimmer nicht bezahlbar oder Wohnheime mit Wartelisten, die an die Tausend grenzen. Der Zuwachs an Einwohner*innen ist über die letzten Jahre soweit gestiegen, dass aktuell Studierende rund ein Siebtel der Einwohner*innen von Kiel ausmachen würden.

Derzeit werden vom Studentenwerk SH 20 Wohnheime betrieben, mit insgesamt 3.135 Plätzen, davon 1.936 in Kiel. Jedes Jahr sind die Wartelisten des Studentenwerkes für Wohnheimplätze überfüllt, über 600 Studierende sammeln sich auf der Warteliste und hoffen auf einen der wenigen Plätze. Hinzukommen noch die Studierenden, welche sich gar nicht erst auf einen Wohnheimplatz bewerben und es auf dem Wohnungsmarkt versuchen.

Die Landesregierung verspricht weitere 650 Wohnheimeinheiten im Koalitionsvertrag für ganz Schleswig-Holstein, das würde noch nicht einmal den Bedarf in Kiel decken. Dennoch wird es für ein ganzes Bundesland mit fünf Hochschulstandorten und 67.000 Studierenden als ausreichend betrachtet. Das kritisieren wir als Studierendenschaft, denn einmal wieder sind die Bedürfnisse von Studierenden nicht in anständigem Maße wahrgenommen worden. Der Bedarf an Wohnheimplätzen allein übersteigt deutlich die von der Landesregierung geplante Anzahl.

Die aktuellen Bauprojekte des Studentenwerkes schaffen bis Mitte 2023 nur 205 weitere Plätze in Kiel, wodurch die Lage kaum verbessert wird. Es liegt an der Landes- und Bundesregierung sowie auch der Stadt Kiel ihren Bewohner*innen eine Möglichkeit des Wohnraums zu schaffen.

Wenn die Stadt ein gutes Studium und gute Lebensbedingungen ermöglichen will, so ist Wohnraum elementar. Ansonsten sind lange Anfahrtswege und Pendeln unvermeidlich, welches deutlichen Einfluss auf die mentale Gesundheit und sozialen Kontakte, somit auch direkt auf die erbrachte Leistung im Studium hat.

Auch auf Bundesebene muss eine Veränderung der Finanzierung erfolgen. Der Bund verspricht eine Bereitstellung von rund 500 Millionen Euro für den Ausbau von Wohnraum. Davon stehen rund 17 Millionen Euro Schleswig-Holstein zu.

Der Anteil des Bafög reicht auch in Kiel nicht aus, um die Miete eines WG-Zimmers zu decken. Dem aktuellen Bafög-Satz zu entnehmen ist für die Wohngeldpauschale ein Betrag von 360€ (ohne Wohnkostenzuschuss) vorgesehen, ein WG-Zimmer im Kiel liegt im Durchschnitt bereits bei 368 € (Stand 2019 Statista).

Es darf nicht zu einer Konkurrenz um bezahlbare und faire Wohnverhältnisse zwischen Gruppen kommen. Allen Einwohner*innen der Stadt sollte bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen. In Realität herrscht ein akuter Konkurrenzkampf, die Besichtigung einer passenden und bezahlbaren Wohnung erfolgt mit zwanzig oder mehr anderen Bewerber*innen.

Es müssen neue Maßnahmen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ausgearbeitet und umgesetzt werden, eine enge Zusammenarbeit aller Akteur*innen ist wichtig, besonders die Bedürfnisse der Studierenden müssen bei Planung und Umsetzung berücksichtigt werden.

Daher fordert das Studierende Parlament die Politik Kommunal-, Landes- und Bundesebene auf, ihre Verantwortung gegenüber den Studierenden und ihren Einwohner*innen folgendes umzusetzen:

- die Bereitstellung von Bauflächen von Wohnheimen
- ein höherer Anteil von Sozialbauten in Kiel
- schnellerer Ausbau von Wohneinheiten auf dem Campus und in der Stadt
- eine Anpassung der geplanten Wohneinheiten auf den neu entstehenden Bremerskamp, da die geplanten 150 nicht ausreichen werden
- eine Anpassung des Bafög-Satzes und Wohngeld, welcher inflationsbereinigt werden muss, um eine Möglichkeit der Bezahlbarkeit zu erreichen
- Ausbau der Infrastruktur, um Stadtgebiete besser mit der Uni zu verbinden